



44. Jahrgang · Heft 04-05/2007
 Herausgeber: Innenministerium NRW.
www.polizei.nrw.de

IM NRW –
 Leserumfrage Streife 2007

BR Düsseldorf –
 Einsatzkonzeption BP mit
 anderen Polizeieinheiten

IM NRW –
 Bilanz IPOMEX 2007

LAFP NRW –
 Belastungsausmaß
 im Polizeialltag

LAFP NRW –
 Einführungsfortbildung,
 Teil 3



Ihre Partner für Sicherheit



Schirmherr:
Verkehrsminister NRW
Oliver Wittke

5. Sicherheitstag Gelsenkirchen 2007

auf **GE** passt!

! Mit großer Verlosung!

Eintritt frei!

Sonntag, 26.08.2007

11.00 Uhr – 18.00 Uhr Gelsenkirchen-Buer
Polizeipräsidium • Rathausplatz 4

OLAF HENNING

Sünke Niedrig &
Kerstin Korbach Kuhnt
La Cubana



Angebote am Sicherheitstag

- Kinderschminken
- Gurtschlitten
- Hubschrauber
- Sehtest
- Clown
- Überschlag-Fahrsimulator
- Hüpfburg
- Luftballonkunst

Liebe Leserinnen und Leser,

Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist ausnahmsweise die „Streifen“ selbst. Die Leserumfrage 2007 hat u. a. deutlich gemacht, dass bei den Leserinnen und Lesern nicht genau bekannt ist, von wem und wie die Mitarbeiterzeitung „Streifen“ erstellt wird. Deshalb stellt sich die Redaktion auf den Seiten 4 bis 7 ausführlich vor. Sie erfahren detailliert, wie die Beiträge recherchiert oder von wem sie eingesandt werden, wer sie im Innenministerium bearbeitet und wer die Mitarbeiterzeitung der Polizei NRW produziert und schließlich verteilt.



Im zweiten Themenschwerpunkt informiert der Verfassungsschutz über Wirtschaftsspionage durch Diebstahl und Einbruchdiebstahl. Ein Informationsfaltblatt zum Thema ist dieser Ausgabe beigelegt.

Um den (Einbruch-)Diebstahl, dessen Zielobjekt nicht die Hardware, sondern die gespeicherten Daten sind, als „Know-how-Abzug“ zu erkennen und die Ermittlungen entsprechend zu lenken, ist auch eine erhöhte Sensibilisierung der Polizistinnen und Polizisten vor Ort erforderlich. Aus Gesprächen mit der Polizei weiß die Spionageabwehr, dass diese Delikte aufgrund ihres seltenen Vorkommens nicht im Vordergrund

der Fallbearbeitung stehen. Um die Wahrnehmung dieser Gefahren zu schärfen und das Thema zu vermitteln, engagiert sich die Spionageabwehr bereits seit einiger Zeit in den Fortbildungsveranstaltungen des LAFP Neuss. Bei dieser Gelegenheit werden nicht nur die rechtlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit der Polizei mit der Spionageabwehr behandelt, sondern auch praktische Fälle geschildert.

Denn die Sicherheitspartnerschaft NRW zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität kann nur dann erfolgreich sein, wenn sich alle Beteiligten – die Wirtschaft, die Spionageabwehr und die Polizei – mit ihrem Engagement und ihrem Wissen gleichermaßen einbringen.

Mehr Informationen zum Thema finden Sie auf den Seiten 22 bis 25.

Ihre Redaktion „Streifen“

Ralf Hövelmann,
Redaktion „Streifen“
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streifen@im.nrw.de
www.streifen-online.nrw.de

Die Titelfotos entstanden in Münster im Rahmen der IPOMEX 2007 und zeigen einen Ausschnitt aus dem Leistungsspektrum und dem Engagement der Polizei NRW.

T

IM NRW –
„Streifen“-Leserbefragung 2007 4

BR Düsseldorf –
Einsatzkonzeption Bereitschaftspolizei 8

DHPOL –
Auszeichnung „Preis der DHPOL 2007“ 12



PP Essen/IM NRW –
Polizeisportlehre 2006 14

IM NRW –
Bilanz IPOMEX 2007 16

PP Mönchengladbach –
Kontrollen im Sonderverkehr 18



LAFP NRW –
Belastungsausmaß im Polizeialltag 20

Verfassungsschutz NRW –
Präventiv gegen Wirtschaftsspionage
und „Know-how-Verlust“ 22

IM NRW –
Startschuss für Digitalfunk in NRW 26

Z



IM NRW –
Ehrung „Zivilcourage“ 28

LAFP NRW –
Serie Einführungsfortbildung, Teil 3 30

Rätsel/Vorschau 34/35

F

Fotos: Jochen Tack,
Jan Potente, Yavuz
Arslan, André Kloß,
Peter Grewer/Halle
Münsterland



Die „Streife“ – das Mitarbeitermagazin für Sie



Die Leserumfrage zur „Streife“ hat die Redaktion nicht nur vor die Frage gestellt: Was können wir besser machen? Sie hat auch die Frage aufgeworfen: Können wir voraussetzen, dass alle Leserinnen und Leser wissen, wie die „Streife“ gemacht wird und wer alles daran beteiligt ist?

Gerade die Antworten auf diese Fragen machen das Verständnis der „Streife“ aus. Die Redaktion, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser, möchte deshalb einmal aus der gewohnten Berichterstattung ausbrechen und ausnahmsweise ausführlich über sich selbst berichten; darüber mit welchen Schritten das Magazin sich zu seinen Leserinnen und Lesern aufmacht.

Die „Streife“ gibt es jetzt weit über 40 Jahre. Mehr als eine ganze Polizeigeneration hat sie erhalten und gelesen. Sie ist damit wohl eine der lebendigsten Mitarbeiterzeitungen in Nordrhein-Westfalen.

Online und Print als Partner

Kommunikation wird in Zukunft multimedial verlaufen. Das bedeutet, dass sich

ein ergänzendes Miteinander von Print- und Online-Angeboten durchsetzen wird. Online-Angebote sind zwar stark in der Entwicklung – insbesondere ist dies im Zeitungsmarkt erkennbar –, sie werden aber die Print-Angebote nicht ersetzen. Mitarbeiterzeitungen liegen derzeit wieder im Trend. Große Unternehmen setzen nicht nur auf das Internet oder den Newsletter. Vielmehr wird in der internen

Kommunikation ein strategischer Erfolgsfaktor für das Gesamtunternehmen gesehen, dem man mit einem Medien-Mix entgegenkommen muss. Darin spielen Mitarbeiterzeitungen als ein klassisches Kommunikationsinstrument eine zentrale Rolle.

Leserinnen und Leser sowie ihre Interessen sind verschieden, darum auch die Medien, die sie nutzen. Bereits seit längerem gibt es die „Streife“ als Online-Version. Die Papierversion wird es dennoch weiterhin geben. Das macht auch aus Sicht ihrer Leserinnen und Leser Sinn. Denn für die Papierversion brauche ich keinen PC-Anschluss, sie ist leicht und dünn, ich kann sie unter den Arm klemmen, Kollegen oder Familienmitgliedern in die Hand drücken und kann sie überallhin mitnehmen. Daneben sind Papierversionen vor dem Hintergrund eines anderen Leseverhaltens besser geeignet für die Darstellung etwa umfassender Erklärungen und Analysen.

Das Medium für die interne Kommunikation

Die „Streife“ ist die zentrale und einzige flächendeckend verteilte Mitarbeiterzeitung der Polizei Nordrhein-Westfalens. Sie ist deshalb das Leitmedium der internen Kommunikation der Polizei. Sie wird in einer monatlichen Auflage von 25.000 Exemplaren gedruckt und 10-mal im Jahr – in den Monaten Januar/Februar sowie Juli/August als Doppelausgabe – ausgeliefert. Sie wird in sämtlichen Kreispolizeibehörden, dem LAFP (inklusive der Fachhochschulen und der Hochschule der Polizei in Münster), dem LKA sowie der

LZPD verteilt und erreicht damit circa 50.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Angestellten und Arbeiter. Pensionäre erhalten die „Streife“ im Abo oder holen sich „ihr“ Exemplar in ihren ehemaligen Dienststellen.

Die Polizei Nordrhein-Westfalen steht mit ihrer Mitarbeiterzeitung nicht alleine da.

s / t / r / e / i / f / e

Alle Bundesländer bzw. Innenministerien geben eine Polizei-Mitarbeiterzeitung in verschiedenen Formaten und Qualitäten heraus.

Die „Streife“ will ihrem Anspruch folgen, dass der Informationsfluss und die Kommunikation innerhalb der Polizei des Landes und zwischen der Führungsebene und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verstetigt und gefördert werden. Sie will mit den redaktionellen „Rundum-Beiträgen“ nicht nur erreichen, dass man vor allem aus der Praxissicht heraus das differenzierte Leistungsspektrum der Polizei NRW besser kennenlernt, sondern will auch mehr Orientierung über die aktuellen Entwicklungen geben, Entscheidungen transparent machen und für Neues werben.

Woher kommen die Inhalte für die „Streife“?

Die Mehrzahl der redaktionellen Beiträge erhält die „Streife“ von den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der nordrhein-westfälischen Polizeibehörden und -einrichtungen. Sie berichten über dienstliche Projekte, Erfolge und Erfahrungen oder eigene Erlebnisse, die sie im

Rahmen ihres täglichen Dienstes gemacht haben.

Aus der Polizeiabteilung des Innenministeriums oder aus Landesprojektgruppen kommen übergreifende Beiträge, die einen landesweiten Bezug haben und alle Polizeibeschäftigten erreichen sollen.

Immer wieder einmal haben sich die verschiedenen Innenminister mit persönlichen Beiträgen direkt an die Beschäftigten in der Polizei des Landes gewandt. Externe Journalistinnen oder Journalisten jedenfalls wurden bislang für redaktionelle Zwecke nicht eingesetzt.

Die Stationen der Redaktionsarbeit

Redaktionskonferenz, Korrekturdurchläufe und Redigieren von Beiträgen, das alles sind Dinge, die für jede Redaktion von Tageszeitungen und Zeitschriften Arbeitsalltag sind. Jeder Artikel wird mehrfach bearbeitet und diskutiert. Auf dem Weg zu seinen Leserinnen und Lesern durchläuft er ein festes System von Schritten über die Konferenz zur Redaktion hin zur Produktion. Dabei gilt es, die Inhalte fachlich zu prüfen, die Texte auf ihre Lesbarkeit zu überarbeiten und mit passenden Bildern zu kombinieren.

Die redaktionelle Arbeit der „Streife“ orientiert sich an diesen Standards. Die Redaktion ist fester Bestandteil des Referats „Öffentlichkeitsarbeit“ im Innenministerium. Dies findet sich im Impressum auf der sogenannten „U3“ wieder, das ist die Umschlaginnenseite der Rückseite der „Streife“. Verantwortlicher Redakteur ist PHK Ralf Hövelmann. Er koordiniert die Themenkonferenz. Diese Konferenz legt im weiteren Vorlauf die



Themen der kommenden „Streife“ fest. Mitglieder sind, damit das gesamte inhaltliche Spektrum der Polizei abgedeckt ist, Vertreter oder Vertreterinnen aller Referate aus der Polizeiabteilung. PHK Hövelmann sorgt dann im Anschluss an die Abstimmung über die Inhalte dafür, dass die benötigten Artikel rechtzeitig vor Redaktionsschluss vorliegen.

Die Qualität der einzelnen Beiträge schwankt naturgemäß. Deshalb muss mal mehr, mal weniger stark redigiert oder nachrecherchiert werden.

Großen Wert legt die Redaktion auf gute Fotos. Eine Zeitschrift lebt heute nicht nur durch aktuelle, praxisnahe und gut geschriebene Artikel, sondern vor allem durch eine gute Bildsprache. Deshalb sind drei Fotografen in einem Fotografenpool unter Vertrag, die je nach Verfügbarkeit für die entsprechenden Termine gebucht werden. Die Erfahrung zeigt, dass diese Lösung nicht nur praktikabel ist, sondern bei Veranstaltungen vor Ort aber auch bei den Leserinnen und Lesern

der „Streife“ auf eine hohe Akzeptanz stößt.

Vorbereitung für den Druck

Liegen alle Artikel und Fotos vor, wird der Rohentwurf für die neue „Streife“ im

Ganzseitenumbruch am Computer im eigenen Büro erstellt. Diese Technik wird erst seit knapp fünf Jahren angewendet und hat ein zeitaufwendigeres Layoutverfahren abgelöst. Steht der Rohentwurf, kommt die VVA Kommunikation GmbH in Düsseldorf als Dienstleister für Gestaltung und Druck der „Streife“ ins Spiel. Hier wird der Rohentwurf durchgestaltet und als Korrektorexemplar an das Innenministerium zurückgeleitet.

Auf dieser Grundlage erfolgt die Sichtung des vorliegenden „Streife-Entwurfes“ durch den Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit, der eventuell notwendige Korrekturen in enger Abstimmung mit dem Redakteur einleitet. Diese Korrekturen werden wieder von der VVA Kommunikation GmbH eingearbeitet. Ergebnis dieses Schrittes ist die erste „Druck-Ausgabe“ einer neuen „Streife“. Die VVA schickt dann per Boten den sogenannten „Plot“, einen nicht farbechten, digitalen Ausdruck der „Streife“, der als Vordruckstufe immer noch die Gelegenheit bietet, Korrekturen vornehmen zu können. Dieser Plot wird noch einmal kontrolliert und dient dann als



Grundlage für die Schlussabstimmung mit der Polizeiabteilung und dem Minister.

Auf dem Weg zur Produktion und zu den Leserinnen und Lesern

Ist die „Streifen“ insoweit abgestimmt, geht sie mit einer Freigabeerklärung zurück zur VVA Kommunikation GmbH und

wird dort gedruckt. Sind die Seiten einmal eingerichtet, erfolgt der Druck der 25.000 Exemplare in wenigen Stunden. Die VVA übernimmt danach automatisch den Versand der „Streifen“, wofür ihr ein Gesamtverteiler zur Verfügung steht, der die Zahl der Exemplare für jede Adresse benennt.

Danach kommt es auf die einzelnen Polizeibehörden und -einrichtungen an, ob die Verteilung so gelingt, dass möglichst vielen Beschäftigten ihre „Streifen“ an den Schreibtisch gebracht oder über Auslagen zur Verfügung gestellt wird. Die Leserum-

frage hat zu diesem Thema sehr unterschiedliche Erfahrungen zutage gefördert. An manchen Orten scheinen zu viele Exemplare zu liegen, an anderen kommen erst keine Exemplare so zur Auslage, dass interessierte Beschäftigte auch ein

s / t / r / e / i / f / e

Exemplar erhalten können. An dieser Stelle sei deshalb darauf hingewiesen und die ausdrückliche Bitte an die Verantwortlichen gestellt: Zu viel „Streifen“ kann es eigentlich nicht geben! Sollten mehr Exemplare bereitstehen als Beschäftigte in einer Dienststelle erreichbar sind, kann die „Streifen“ auch in die öffentliche Auslage gebracht werden. Wichtig ist, dass man sich darum kümmert und die Vertriebswege eingehalten werden, damit die „Streifen“ ihre Kolleginnen und den Kollegen auch im Wach- und Wechseldienst erreicht.

Die weitere Entwicklung der „Streifen“

In redaktioneller Hinsicht gilt die Grundregel: „Aus der Praxis für die Praxis“. Im Mittelpunkt stehen aktuelle fachliche Entwicklungen, Querschnittsthemen, Projekte, Erfahrungen und Erfolge, die für die Kolleginnen und Kollegen in den Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen in NRW interessant sein könnten. Selbstverständlich gehören darüber hinaus einige Personalien zu den Meldungen der „Streifen“, die von allge-



meinem Interesse sein sollten. Das macht aus Sicht der Verantwortlichen den Mitarbeiterbezug einer solchen Zeitschrift aus.

Die Leserumfrage hat mit Blick auf die Themen aufschlussreiche Informationen geliefert. So werden wir uns sicherlich in Zukunft intensiver dem Thema „Recht“ widmen. Die Überlegungen gehen auch dahin, die Querschnittsthemen wie Personal und Organisation stärker zu bedienen und regionalen Informationen mehr Platz anzubieten.

Anregungen und Vorschläge aus Ihrem Kreis, liebe Leserinnen und Leser, sind auch in Zukunft willkommen.



Einsatzkonzeptionen beim von Bereitschaftspolizei mit anderen

Taktische
Grund-
formationen
(Doppelreihe,
Keil, Kette)
im Zusammenwir-
ken von
BP und DHF



Teil 1 – Diensthundführerinnen und Diensthundführer

Im polizeilichen Alltag werden häufig Kräfte der Bereitschaftspolizei (BP) gemeinsam mit Diensthundführern (DHF) und Polizeireitern eingesetzt. Anlass sind oftmals gewaltbereite Straftäter und Störer, die Sport- und andere Veranstaltungen, aber auch demonstrative Aktionen dazu nutzen, in Gruppen oder aus der Anonymität größerer Menschenmengen heraus, Straftaten von erheblicher Bedeutung zu begehen.

Unstreitig ist der hohe Einsatzwert der genannten Kräfte und ihre Unverzichtbarkeit bei der Bewältigung derartiger Einsatzlagen. Ein professionelles und trainiertes Zusammenwirken erhöht den Einsatzwert nachhaltig und verbessert

insbesondere die Eigensicherung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

Eine verbindliche behördenübergreifende konzeptionelle Grundlage gab es bisher allerdings nicht. Hier galt es, eine Lücke zu schließen, um im Einsatz optimal und abgestimmt auch mit Kräften aus den unterschiedlichsten Standorten agieren zu können. Dem Grundsatz – „Nur was trainiert ist, wird auch gekonnt“ – kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Bestätigt sich am Ende der Anstrengungen der weitere Grundsatz – „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“ –, so ist das Ziel als erreicht anzusehen.

Diese Ausgangssituation war Grundlage für die Entscheidung, diese Thematik in einem Projekt umfassend aufzuarbeiten.

Bereits in 2005 wurden in einem Bezirksprojekt erste Handlungsalternativen beim Zusammenwirken von Bereitschaftspolizei und Diensthundführern entwickelt, trainiert und insbesondere zur Vorbereitung auf die Fußball-WM 2006 und die in diesem Zusammenhang prognostizierten Szenarien verfeinert. In den Kreispolizeibehörden (KPB) des Regierungsbezirks Düsseldorf wurden BPH sowie die DHF in gemeinsamen Trainings konzeptionell geschult. Logistisch wurden DHF in analog existierenden Betreuungspartnerschaften, wie diese bereits zwischen BPH und Alarmzügen bestehen, fortgebildet. In Einzelfällen wurde von der konzeptionellen Betreuung abgewichen und Besonderheiten von Trainingsgemeinschaften im

Zusammenwirken Polizeieinheiten



Diensthundwesen bei der Zuweisung der Partnerhundertschaft berücksichtigt. So gelang es in relativ kurzer Zeit 95 DHF mit DH fortzubilden und für eine konzeptionelle Zusammenarbeit fit zu machen.

Aus- und Fortbildung

Besonderen Wert in der Umsetzung dieses Anspruchs wurde auf einfache, praktikable und zeitsparende Übungsmodule gelegt. Die Grundfortbildung „Zusammenwirken von Bereitschaftspolizei und Diensthundführern“ erfordert 20 Übungsstunden, die sich in einen theoretischen und praktischen Fortbildungsanteil gliedern. Für die Diensthundführer, die in der Regel über einen langen Zeitraum in der Funktion verwandt werden, bedeutet dies, dass die einmal vermittelten Grundlagen über einen langen Zeitraum verfügbar sein müssen. Die praktische Handlungs-

sicherheit wird zudem im Rahmen der Trainings mit und ohne BP und nicht zuletzt durch Einsatzerfahrungen verfestigt und verfeinert.

Vorliegende Erfahrungen verdeutlichen, dass ein Grundtraining bei den Diensthunden ebenfalls lange nachwirkt und es so zu vertretbaren Fortbildungszeiten in der Konditionierung kommen wird, wenn die taktischen Module umgesetzt werden. Die Fortbildung der Beamtinnen/Beamten der Bereitschaftspolizei erfordert nach der Einführungsfortbildung eine Gewöhnung an Diensthunde und deren Einsatz. Dies ist eine Investition, die sich in der Verwendung nach der Bereitschaftspolizei im Wachdienst ebenso positiv auswirkt.

Um die Fortbildungsschritte insgesamt zu straffen, sollte die Vermittlung der Grundlagen bereits in der Einführungsfortbildung BP sowie als Standard in die örtliche Fortbildung der Diensthundführer



bzw. Polizeireiter aufgenommen werden. Der einsatztaktische Zugewinn sowie die Aspekte der Eigensicherung ergeben vielfältige Vorteile, die diese Fortbildungszeiten rechtfertigen. Dem Polizeiführer können damit deutlich erweiterte einsatztaktische Handlungsalternativen angeboten werden.

bezogen und das Projekt entsprechend erweitert.

Als Ergebnis dieser Projektarbeit liegen nunmehr zwei Einsatzkonzeption vor, deren praktische Umsetzbarkeit im Rahmen einer groß angelegten Übung am 20. März 2007 in Düsseldorf demonstriert wurde. Die Beobachter der Übung, zu denen ins-

geben. Es schlossen sich Referate zu den Teilprojekten BP/DHF durch PD Kemper und BP/PRST durch PD Kensbock-Rieso an. Anschließend wurde den Gästen Gelegenheit gegeben, Fragen zu den Themen zu stellen.

Der praktische Teil der Übung schloss sich auf einem Übungsgelände im Hafen Düs-

Durchsuchung von Geländeabschnitten mit entsprechendem Täterverhalten, welches den Einsatz des DHF mit Sicherheitsbeamten notwendig macht (zwei Varianten).



Einsatzkonzeptionelle Erfahrungen wurden vermehrt im Rahmen der polizeilichen Lagebewältigung anlässlich von Fußballspielen in den verschiedenen Spielklassen gesammelt. Zwischenzeitlich wenden einige Kreispolizeibehörden Inhalte der durch die Projektgruppe erarbeiteten Einsatzkonzeptionen in der Praxis mit guten Ergebnissen an, die sich nicht zuletzt an der schnelleren und konsequenteren Lagebewältigung messen lassen.

Grundlage der weiteren erfolgreichen Umsetzung der Einsatzkonzeptionen in der Fläche ist ein hohes Maß an Kompatibilität von Kräften der Bereitschaftspolizei mit Diensthundführern bzw. Polizeireitern.

Die in der bisherigen Projektarbeit gesammelten Grundsaterfahrungen schienen auf die Polizeireiter übertragbar. Nach der Fußball-WM 2006 wurden die nunmehr einsatzfähigen Polizeireiterstaffeln konkret in die Überlegungen ein-

besondere Vertreter des Einsatzreferates des IM NRW zählten, konnten sich von den Ergebnissen der geleisteten Arbeit überzeugen.

Übung am 20. März 2007 in Düsseldorf

In Zusammenarbeit mit der Abteilungs-führung Wuppertal, der TEE Wuppertal, den Bereitschaftspolizeihundertschaften im Aufsichtsbereich Düsseldorf sowie durch Unterstützung des Polizeipräsidi-ums Düsseldorf konnte in Düsseldorf-Reisholz eine Übung konzipiert und durchgeführt werden, die sich neben den erzielten Ergebnissen durch eine sehr gute organisatorische und logistische Umsetzung auszeichnete.

Zunächst wurden die geladenen Gäste im Institut für öffentliche Verwaltung in Hil-den durch PD Wollgramm begrüßt und eine Kurzeinführung zu den Projekten ge-

seldorf-Reisholz an. Den Gästen wurde die ganze Bandbreite des polizeilichen Zusammenwirkens präsentiert. Im Einzelnen waren dies die erarbeiteten Einsatztaktiken mit BP und DHF sowie BP und Landesreiterstaffeln.

Übungsspektrum der Einsatzformen zwischen BP und DHF

Alle Übungsteile sowie Einsatzformen basieren auf den Fortbildungsinhalten der Bereitschaftspolizei sowie den so genannten „Königsdisciplinen“ für die geschlossenen Einsatzeinheiten. Diese Inhalte werden mit Beginn der Einführungsförderung in den Einheiten trainiert und dann kontinuierlich vertieft. Auf diesen bekannten und vermittelten Standards basieren die nachstehend beschriebenen gemeinsamen Konzepte. Grundlage der verschiedenen Einsatzformen ist die Doppelreihe.

Die taktische Gliederung sieht vor, dass einer E-Gruppe BP zwei DHF mit DH, einem E-Zug BP 1:6 und einer BPH 3:18 DHF zugewiesen sind. Bei der Eingliederung in den Zug- oder Hundertschaftsverband ist jeweils ein Führer der Diensthundgruppe ohne DH vorgesehen, der dem Zug- bzw. Hundertschaftsführer unterstellt ist.



Dargestellt wurden die besonderen Einsatzformen, bezogen auf das Zusammenwirken von Einsatzkräften der BPH und Diensthundführer, insbesondere bei der Darstellung von:

- taktischen Grundformationen (Doppelpreife, Keil, Kette) im Zusammenwirken von BP und DHF
- Räumen von Wegen und Plätzen (zwei Varianten)
- Trennen von Störgruppen (zwei Varianten)
- Vorgehen gegen Kleingruppen
- Einsatz des Greiftrupps in mehreren Varianten
- Durchsuchung eines Busses
- Durchsuchung von Geländeabschnitten mit entsprechendem Täterverhalten, welches den Einsatz des DHF mit Sicherheitsbeamten notwendig macht (zwei Varianten)
- Razzia mit Fluchtversuch eines Täters.

Hartmut Zenk/Rüdiger Wollgramm

Vorschau – Teil 2

In der nächsten „Streife“-Ausgabe folgt der ergänzende Artikel „Übungsspektrum der Einsatzformen – Zusammenwirken von Bereitschaftspolizei und Landesreiterstaffeln“.

Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Landesreiterstaffel Rheinland wurde Wert auf das abgestimmte Zusammenwirken von geschlossenen Einheiten und Polizeireitern gelegt. Der Streifebeitrag erläutert anschaulich, wie neben den Hundeführern auch die Landesreiterstaffeln bei der Bewältigung von Einsatzlagen die Kräfte der Bereitschaftspolizei wirkungsvoll unterstützen können.

ENFORCER

Sprecheinrichtung

mit Lautsprecher/Mikro Funktion. Anschluss-Stecker passend für viele handelsübliche Funkgeräte. Diese Sprecheinrichtung ersetzt die Sprechtafel am Funkgerät, so dass das Funkgerät in der Tasche bleibt. Mit Befestigungsklammer am Rücken.

Nr. 4490 passend für Bosch FuG 10a/13a (BOS) € 52,20

Nr. 4491 passend für Bosch FuG 10/13 € 52,20



Ohrhörer-Anschluss

Schwarz:

Nr. 4488

3,5 mm Stecker, passend für Sprecheinrichtung € 22

Nr. 4498

2,5 mm Stecker € 22

Hautfarben:

Nr. 5481

3,5 mm Stecker € 22

Nr. 5482

2,5 mm Stecker € 22



Polizei Ausrüstungstasche

In dieser Cordura- Tasche herrscht Ordnung. Sie beinhaltet eine Vielzahl von Fächern. Es besteht ausserdem die Möglichkeit, den Schriftzug, je nach Einsatz, anzubringen oder zu entfernen.

Best.-Nr. 4468 (ohne Schriftzug) € 46,90

Schriftzug: Best.-Nr. 4205P € 17,90



Polizei Ausrüstungstasche

100% Baumwolle, Größe S-3XL

schwarz 4263P € 16,60

grün 4264P € 16,60



Security-Katalog
jetzt kostenlos
anfordern

ENFORCER®

PÜ LZ G M B H

www.enforcer.de

Ubstadter Straße 36

76698 Ubstadt-Weiher

Telefon: 07251 / 96510

Telefax: 07251 / 965114

E-Mail: info@enforcer.de

Filiale Berlin: Rankestraße 14

(Montag geschlossen)

„Preis der Deutschen Hochschule der Polizei 2007“

Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) als gemeinsame Bildungs- und Forschungseinrichtung der Polizeien des Bundes und der Länder vergibt im Jahr 2007 Preise für hervorragende wissenschaftliche Abhandlungen zu Themen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit. Insgesamt sind die Preise mit 9.200,- Euro dotiert.

Voraussetzungen:

- Noch unveröffentlichte oder nach dem 1. Januar 2007 veröffentlichte deutschsprachige Abhandlungen, die den Behörden und Einrichtungen der Polizeien von Bund und Ländern neue Erkenntnisse erschließen sowie
- der Polizeiwissenschaft, insbesondere folgenden Themenbereichen zugeordnet werden können:
 - Organisation, Führung und Einsatz der Polizei
 - Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung
 - Aktivitäten zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit
 - Polizei und Gesellschaft
 - Recht

In den einzelnen Gebieten können auch mehrere Arbeiten prämiert werden.

Neben Dissertationen und Habilitationsschriften können auch ausgewählte (Bestnote) Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeiten eingereicht werden. Keine Berücksichtigung finden Seminararbeiten.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind solche Abhandlungen, die mit Unterstützung der DHPol entstanden sind. Das ist vornehmlich dann der Fall, wenn die vorgelegte Arbeit zum Beispiel von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Hilfskräften, Auszubildenden, Referendarinnen und Referendaren oder Praktikantinnen und Praktikanten der DHPol stammt, oder wenn die eingereichte Abhandlung ganz oder zum Teil aus der Zeit ihrer Tätigkeit bei der DHPol stammt.

Über die Vergabe beschließt eine vom Kuratorium bei der Deutschen Hochschule der Polizei eingesetzte Kommission unter Ausschluss des Rechtsweges.

Alle Preisträger erhalten eine Urkunde. Ihre Abhandlungen werden der Deutschen Hochschule der Polizei zur Verfügung gestellt. Unbeschadet sonstiger Rechte darf die DHPol die Abhandlung veröffentlichen.

Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 30. September 2007 (Eingang bei der DHPol). Der Einsendung ist eine kurze Biographie der Verfasserin oder des Verfassers beizufügen.

Weitere Auskünfte erteilt die Deutsche Hochschule der Polizei, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Tel.: 0 25 01/8 06-2 30, Fax: 0 25 01/8 06-4 40 oder -4 20, E-Mail: pressestelle@dhpol.de

Verkehrs- und Innenminister sagen Danke!

Zu Beginn des 25. Seminars „Auswertung von Straßenverkehrsunfällen/Qualifizierung für Unfallkommissionen“ unterstrichen Wolfgang Blindenbacher als Vertreter des Innenministeriums und Ulrich Malburg für das Ministerium für Bauen und Verkehr die Bedeutung der Unfallkommissionen für die Verkehrssicherheit in Nordrhein-Westfalen. Sie überreichten den Dozenten die Dankesagungen des Innenministers Dr. Ingo Wolf und des Ministers für Bauen und Verkehr Oliver Wittke.

Die „Qualifizierung für Unfallkommissionen“ ist auf eine gemeinsame Initiative von Innen- und Verkehrsministerium zurückzuführen. Seit 2001 werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Bereichen der Straßenverkehrsbehörden, der Baulastträger und der Polizei zusammen geschult und so für ihre Aufgaben in den Unfallkommissionen vorbereitet.

Die Polizei beobachtet und wertet kontinuierlich das Unfallgeschehen mit Hilfe von Typensteckkarten aus. Ereignen sich an einer Stelle gleichartige Verkehrsunfälle, so wird die „Unfallkommission“ von der Straßenverkehrsbehörde zusammen gerufen, um diese so genannte „Unfallhäufungsstelle“ zu entschärfen. Gemeinsam mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger werden Maßnahmen beschlossen, die helfen, diese Unfallhäufungsstelle zu beseitigen.

Die Mitglieder der Unfallkommissionen bringen dabei ihre Fachkenntnisse aus den Gebieten der Unfallanalyse, des Straßenbaus, der Verkehrstechnik sowie



Die NRW-Dozenten v. l. n. r.: Ralf Hezel (Straßenverkehrsbehörde Kreis Mettmann), Paul Gerhard Ludwig (Bez.-Regierung Arnsberg), Harald Bode (Landesbetrieb Straßenbau NRW), Nicole Haase (Straßenverkehrsbehörde Rhein-Erft-Kreis), Klaus Büser (Landesbetrieb Straßenbau NRW), Uwe Richter (Polizei NRW), Klaus Heinrichsmeyer (Polizei NRW), Georg Bartel (Polizei NRW). Es fehlt: Detlev Weiss (Polizei NRW)

der Verkehrsregelung und des Verkehrsrechts ein.

Lösungen zur Entschärfung einer Unfallhäufungsstelle können durch die Anordnung zum Aufstellen von Verkehrszeichen oder durch gezielte Überwachung bis hin zur Installation einer ortsfesten Geschwindigkeitsüberwachungsanlage erreicht werden. Sie können aber auch zum Umbau einer ganzen Kreuzung – beispielsweise zu einem Kreisverkehr – führen.

In Nordrhein-Westfalen sind über 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unfallkommissionen tätig. Beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW wurden

bislang mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für diese wichtige Aufgabe geschult.

Ein hierzu qualifiziertes Dozententeam steht den Teilnehmern während des 3-tägigen Seminars zur Verfügung. Neben der Vermittlung von Fachkenntnissen werden in Arbeitsgruppen zunächst reale Unfallhäufungsstellen analysiert. Im weiteren Verlauf werden Vorschläge zur deren Entschärfung als Sofortmaßnahmen und auch als längerfristige, aufwändige Lösungen erarbeitet und vorgestellt. Weitere praktische Übungsteile sind Vorschläge zur Finanzierung dieser Maßnahmen und das Vorbereiten einer Presseerklärung.

Klaus Heinrichsmeyer, LAFP NRW



Hochachtung vor den sportlichen Höchstleistungen

Innenminister ehrt 42 Polizeisportlerinnen und Polizeisportler aus NRW

Für ihre herausragenden sportlichen Leistungen bei Welt-, Europa- und Deutschen Meisterschaften hat Innen- und Sportminister Dr. Ingo Wolf 42 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Essen geehrt.

In seiner Ansprache betonte Minister Dr. Wolf, dass die sportlichen Höchstleistungen neben dem Polizeidienst erbracht werden. Darüber hinaus erläuterte er, dass die Polizeisportler in der Jugend-

arbeit vielen jungen Menschen als Vorbild dienen.

Zwei Weltmeister, eine Doppelweltmeisterin, zwölf Platzierungen bei Weltmeisterschaften, einen Doppel-Europameister, einen Europameister, drei Platzierungen bei Europameisterschaften, zwei Deutsche Meister, fünf Platzierte unter den ersten Drei bei Deutschen Meisterschaften, drei Polizei-Europameister und sechs Deutsche Polizeimeister im Jahre 2006 sind schlagkräftige Belege, wie leistungsstark die

nordrhein-westfälischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind.

Sport und eine gesunde Lebensführung seien gute Grundlagen, um die besonderen Belastungen des Polizeidienstes zu bewältigen. Der Polizeiberuf fordere von den Beamten durch lange Einsätze und Schichtdienst eine besondere körperliche Kondition. Sport fördere das allgemeine Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit und wirke sich somit auch positiv auf den Dienst der Polizeibeamten aus.



Folgende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wählte der Polizeisportbeirat NRW zum „Sportler des Jahres 2006“:

- Polizeikommissarin Heidi Rothgang (Landrat Märkischer Kreis) wurde wegen ihrer Triathlon-Leistungen zur „Polizeisportlerin des Jahres“ gewählt. Heidi Rothgang entdeckte ihre Liebe zum Sport erst durch die Ausbildung bei der Polizei. Heute ist sie eine der Weltklasseathletinnen in der Disziplin Triathlon. (3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und 42,195 km Laufen). Beim Ironman-Qualifikationsmarathon in Kanada errang sie in ihrer Altersklasse den ersten Platz und wurde insgesamt Zwölfte. Den legendären „Ironman“ auf Hawaii schaffte sie in nur 11:30 Stunden und belegte damit den 27. Platz in der Altersklasse 35–39 Jahre.
- Kommissarsanwärter Andreas Kuhl (Polizeipräsidium Köln) wurde zum „Polizeisportler des Jahres“ gewählt. Er gewann bei den Ju-Jutsu Weltmeisterschaften

in Rotterdam in seiner Gewichtsklasse bis 85 kg und verteidigte damit seinen Weltmeistertitel. Bei den German Open in Hanau holte er ebenfalls den ersten Platz und bei den Hamburger sowie Paris Open wurde er jeweils Zweiter.

- Zur „Polizeimannschaft des Jahres“ wird die 4 x 100 -m-Freistil-Staffel der Damen gekürt. Die Polizeikommissarinnen Sandra Mikovic, Silke Janzing und Nina Warneke sowie Polizeioberkommissarin Melanie Beyer belegten bei den Deutschen Polizeimeisterschaften in Bremen mit 4:14.08 Minuten den ersten Platz.

- Der Polizeisportverein Nordrhein-Westfalen 1990 e.V. wurde wegen seines langjährigen Engagements im Polizei- und Wettkampfsport zum „Polizeisportverein des Jahres“ ausgezeichnet. Gekrönt wurde die Bilanz der Polizeisportvereine im vergangenen Jahr durch die gelungene Europäische Polizeimeisterschaft im Fußball, die von insgesamt zehn Polizeisportvereinen organisiert wurde.





Spezialeinheiten der Polizei NRW überwältigen einen „Geiselnnehmer“: Die spektakuläre Übung begeisterte die Besucher der IPOMEX.

Fotomontage: André Kloß, LAFP NRW

IPOMEX – Spektakuläre Einsätze und neueste Sicherheitstechnik

Dritte Polizeifachmesse IPOMEX geht mit Besucherrekord zu Ende

Die Internationale Polizeifachmesse und –konferenz IPOMEX ist mit einem Besucherrekord zu Ende gegangen. Über 3.000 Fachleute von Polizei, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz informierten sich in der Halle Münsterland über die neuesten Entwicklungen in der Sicherheitstechnik. Bei der dritten Auflage der IPOMEX in Münster fand auch erstmals ein Publikumstag statt, zu dem über 1.000 Besucher kamen.





Höhepunkt der Vorführungen auf dem Außengelände der Halle Münsterland war eine spektakuläre Übung der Polizeifliegerstaffel NRW zusammen mit Spezialeinheiten des PP Münster. Die Beamten seilten sich von einem Hubschrauber über 25 Meter auf ein nahegelegenes Hochhaus ab und simulierten so den Zugriff bei einer Geiselnbefreiung. Neben weiteren Vorführungen der Polizei und von Privatfirmen, präsentierten sich in der Messehalle mehr als 100 Aussteller mit ihren Produkten und Dienstleistungen rund um Polizei, Sicherheit, Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Die Palette reichte von ungewöhnlichen Einsatzfahrzeugen und Fassadenabsturz-sicherungen über besser sichtbare Warnleuchten bis hin zu Drogenschnelltests



und digitalen Funkgeräten, mit denen die deutsche Polizisten ausgerüstet werden sollen.

Schirmherr der Veranstaltung war auch in diesem Jahr der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Ingo Wolf.



Kontrollen des Sonderverkehrs



„Wer schneller fährt und dabei die Tempolimits missachtet, ist eher am Ziel. Wer früher ankommt, kann schneller weiterfahren. Wer die Höchstladegrenzen nicht einhält, bringt mehr Tonnage unter. Wer die Güter beim Beladen nicht sorgfältig festzurrt und Sicherheitsvorschriften ignoriert, spart viel Zeit. Wer Lenk- und Ruhezeiten missachtet, kann länger fahren. Kurzum: Wer systematisch gegen Gesetze und Tarifverträge verstößt, macht mehr Umsatz und damit mehr Profit.“ Diese Aussagen sind nicht neu und dazu noch problematisch, bringen aber die gelegentlich im gewerblichen Güterverkehr geäußerten Gedanken auf den Punkt.

Neue Wege vor dem Hintergrund europäischer Kontrollforderungen

Betrachtet man diese Grundproblematik genauer, stellt man fest, dass

- im Jahr 2000 an jedem fünften tödlichen Verkehrsunfall ein Lkw beteiligt war

- bundesweit jährlich ca. 43.000 Verkehrsunfälle mit Personenschäden registriert werden, an denen mindestens ein Güterkraftfahrzeug beteiligt war

- diese Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Güterkraftfahrzeugen ca. 20% aller tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmer zur Folge haben.



Diese Problematik ist auch in Brüssel bekannt. Um hier wirkungsvoll ansetzen zu können, setzt man auf EU-Harmonisierung in allen Bereichen, die u. a. auch den gewerblichen Güterverkehr betreffen. Die stetige Verschärfung der Gesetzgebung, die über die Einführung des digitalen Kontrollgerätes führte und 2007 eine weitere Konkretisierung der Lenk- und Ruhezeiten erfährt, ist dafür signifikant. So wird ab dem 11. April 2007 die tatsächliche Arbeitszeit betrachtet und nicht nur die reine Fahrzeit. Der Grund dafür sind Zahlen, die aus Großkontrollen stammen, bei denen mehr als jeder dritte Lkw beanstandet werden musste.

Als Beispiel sei hier die Großkontrolle auf der Bundesautobahn A 2 bei Herten in der Nacht zum 21. September 2006 erwähnt. Bei dieser Kontrolle wurden über 61% der kontrollierten Fahrzeuge bemängelt. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass Sonderverkehrskontrollen erforderlich sind.

So teilt denn auch der deutsche Vertreter beim europäischen Netzwerk der Verkehrspolizeien „TISPOL“, LPD Blindenbacher, IM NRW, mit: „Jedes Mitgliedsland in Europa hat sich seit Mai 2006 verpflichtet, jährlich 1% der Lkw-Fahrtage zu überprüfen. 2008 soll die Intensität verdoppelt, bis 2010 soll sie verdreifacht werden. Und bis 2012 müsse sich jeder Lkw-/Busfahrer europaweit auf 10 Kontrollen im Jahr einrichten.“

Befasst man sich mit dieser Materie, stellt man fest, dass eine Aufgabener-

füllung nur mit dafür besonders ausgebildetem Personal möglich ist. Das hat seinen Grund nicht nur in der Fülle der (europäischen) Gesetze, sondern auch in der Komplexität der inzwischen eingesetzten Kontrolltechnik. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass nicht jede Polizeibehörde eine große Anzahl derartig spezialisierter Kräfte vorhalten kann.

Es stellte sich also die Frage, wie man mit dem vorhandenen Personal einen hohen Kontrolldruck erzeugen und u. a. die „TISPOL-Forderungen“ umsetzen kann. Seit Dezember 2006 besteht deshalb eine Kooperation zwischen den Behörden Viersen, Heinsberg, Mönchengladbach und seit März 2007 hat sich auch Neuss dieser Kooperation angeschlossen.

Die Kooperation sieht so aus, dass die beteiligten Behörden jeweils 2–3 Beamtinnen/Beamte für diese Kontrollen stellen. In einem ca. 4-Wochen-Rhythmus treffen diese Kräfte sich jeweils in einer der genannten Kreispolizeibehörden und errichten dann jeweils entsprechende Kontrollstellen für die Kontrolle der Sonderverkehre. Durch diese Maßnahme wird

zum einen der Kontrolldruck erheblich erhöht und zum anderen profitieren alle vom spezialisierten Wissen der jeweils eingesetzten Beamtinnen/Beamten. Zudem kann die zum Teil recht teure Kontrolltechnik gemeinsam genutzt werden. Die bei den Kontrollen erzielten „Zahlen“ sprechen für sich; die Anzahl der Beanstandungen liegt in allen Behörden bei jeweils etwa 70% (plus).

*Hans-Gerd Möskes,
L/VD PP Mönchengladbach*



„Stress – so reagieren Sie richtig!“

Ein Online-Verfahren zur Selbstreflektion des beruflichen Belastungsausmaßes im Polizeialltag



Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte setzen sich in ihrem beruflichen Alltag mit einer Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben und Anforderungen auseinander, die zu einer Fülle unterschiedlicher psychischer Belastungen führen können. Hierzu zählen Extremsituationen (z. B. Schusswaffengebrauch, schwere Verkehrsunfälle) genauso wie Belastungen, die aus zwischenmenschlichen Konflikten (z. B. Mobbing) oder aus der Arbeitsorganisation heraus entstehen (z. B. Vorgangsdruck, Schichtdienst).

Die alltäglichen Arbeitsbelastungen im Polizeidienst werden von jeder Person unterschiedlich empfunden, sie haben jedoch das Potenzial, sich unter bestimmten Umständen beeinträchtigend auf die Lebensqualität der Betroffenen auszuwirken. Hierzu zählen z. B. negative Auswirkungen auf die körperliche und seelische Gesundheit oder Konflikte zwischen Kollegen. Diese Thematik wird im Rahmen eines durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) geförderten Forschungsprojektes untersucht. Die Pro-

jektumsetzung erfolgt durch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) in Kooperation mit der Universitätsklinik Münster (UKM). Die „Streife“ berichtete hierzu ausführlich in der Ausgabe 12/2004. In der ersten Projektphase wurde ein polizeispezifischer Online-Fragebogen zur Selbsteinschätzung der beruflichen Belastung im Polizeidienst entwickelt und mit Ihrer tatkräftigen Unterstützung im Zeitraum von April bis November 2005 erfolgreich erprobt.



Im nächsten Projektabschnitt soll nun jede/r Teilnehmer/in der Befragung nach dem Ausfüllen des Online-Fragebogens eine differenzierte Rückmeldung über ihr/sein persönliches Belastungsniveau innerhalb der Polizeiarbeit erhalten. Zusätzlich werden Empfehlungen und Hinweise gegeben, um der Polizeibeamtin/dem Polizeibeamten weitere Selbsthilfemöglichkeiten bzw. Ansprechpartner an die Hand zu geben. Für dieses Vorhaben benötigen wir Ihre Unterstützung, um die Qualität und Praxistauglichkeit der Ergebnismeldung mit Ihnen zusammen zu überprüfen.

Nach dem Ausfüllen des Fragebogens werden etwa 72 Stunden vergehen, bevor die Rückmeldung der Ergebnisse generiert und an den Absender des Fragebogens zurück gesendet wird (per E-Mail). Im späteren Verlauf wird das Zeitintervall für die Rückmeldungen verkürzt und soll anschließend in eine automatisierte und unmittelbare Rückmeldungsprozedur am jeweiligen Bildschirmarbeitsplatz münden.

Das Instrument wird keine ärztliche bzw. psychologisch fundierte Diagnostik erset-

zen, sondern dient dazu, der Absenderin/dem Absender des Fragebogens eine realistische Selbsteinschätzung der eigenen beruflichen Belastung zu ermöglichen.

Nehmen Sie bitte im Sinne aller Kolleginnen und Kollegen an der letzten Entwicklungsphase des Instrumentes teil, indem sie online den Projektmitarbeitern der Westfälischen Wilhelms Universität/UKM nach Empfang ihrer Ergebnisse online eine Rückmeldung geben. Diese werden Ihre Hinweise und Anregungen auswerten und in die Optimierung der Rückmeldesequenz einfließen lassen.

An der Online-Befragung können alle Mitarbeiter/innen der Polizei bundesweit teilnehmen, unabhängig von der gegenwärtigen Funktion bzw. Verwendung. Sie können den Fragebogen im Internet unter der Adresse <http://www.opti-online.de> erreichen.

Alle Angaben im Fragebogen und die resultierenden Ergebnisse werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Ansprechpartner im Projekt:

Jens Hinrichs
Klinik und Poliklinik für Psychosomatik
und Psychotherapie
Universitätsklinikum Münster
Domagkstr. 22 · 48149 Münster
Tel.: (02 51) 83-5 29 18
Fax: (02 51) 83-5 29 03
E-Mail: Jens.Hinrichs@ukmuenster.de

Erich Traphan
Landesamt für Ausbildung, Fortbildung
und Personalangelegenheiten der Polizei
Nordrhein-Westfalen
Bildungszentrum „Carl Severing“ Münster
Weseler Str. 264 · 48151 Münster
Tel.: (02 51) 7 79 53 60
Fax: (02 51) 7 79 53 69
E-Mail:
Erich.Traphan@lafp.polizei.nrw.de

Verfasser des Beitrages sind: Jens Hinrichs und Erich Traphan sowie Udo Weiss, ehem. IAF NRW, Fachbereich Management und Führung, jetzt PP Münster.

Aufruf zur Teilnahme an einer Onlinebefragung unter www.opti-online.de

Präventiv gegen Wirtschaftsspionage und Know-how-Verlust!

Bilanz der Sicherheitspartnerschaft NRW zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität



Ein Fallbeispiel: Einbruch in ein nordrhein-westfälisches Unternehmen – die Täter dringen in das Firmengebäude ein, begeben sich dort auf direktem Wege in das zweite Obergeschoss. Sie entwenden zielgerichtet ein Laptop sowie den PC, auf dem die Inhalte des Laptops gesichert sind. Andere attraktive Beutestücke, wie Bargeld o.ä., bleiben unbeachtet liegen.

Was auf den ersten Blick wie ein „normaler“ Einbruchdiebstahl aussieht und im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen auch häufig so behandelt wird, kann einen ganz anderen Hintergrund haben! Die Spionageabwehr NRW weiß aus ihren vielfältigen Kontakten mit der Wirtschaft, aber auch aus der Zusammenarbeit mit der Polizei im Rahmen der Fortbildungen des LAFP NRW Neuss, dass diese Methode eine von vielen ist, mit denen fremde Nachrichtendienste versuchen, das Know-how deutscher Unternehmen abzuzapfen. Auf diese Weise ersparen sich die Täter im Hintergrund den mühevollen, zeit- und finanzintensiven Weg eigener Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Anders als Viele glauben, haben die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in

Deutschland, vor allem die Spionageversuche, seit dem Ende des Kalten Krieges nicht nachgelassen!

Was die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes stattdessen beobachten konnten, ist eine Verschiebung des Schwerpunkts – weg von der „traditionellen“ Spionage, hin zu dem Ausspionieren von Wirtschaft und Forschung.

Dies kann auch nicht überraschen, denn welche politische und wirtschaftliche Rolle ein Staat im globalen Gefüge spielt, hängt mehr denn je von seiner Wirtschaftskraft ab. Spionage heutzutage wird also weniger von ideologischen Gesichtspunkten als von dem Versuch, eine wirtschaftliche Vormachtstellung zu erreichen, geprägt. Durch diese Brille betrachtet, stellt die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem hohen Standard in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung ein lohnenswertes Ziel dar.

Über die Verluste, die Unternehmen in Deutschland durch Know-how-Abfluss entstanden sind, ist viel geschrieben worden. Gerade in letzter Zeit wurden in den Medien vermehrt Studien und Untersuchungen großer Wirtschaftsberatungsunternehmen wie KPMG, Ernst & Young,



Diesen Flyer finden Sie im Internetangebot des Innenministeriums NRW unter www.im.nrw.de/wirtschaftsspionage

PricewaterhouseCoopers u. ä. zitiert, nach denen die Schäden immer höher werden. Diese Studien und Untersuchungen trennen zwar i.d.R. die staatlich gelenkte Wirtschaftsspionage nicht sauber von der von einem privaten Konkurrenten ausgeübten Konkurrenzausspähung. Die Erkenntnisse, die die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern haben, lassen aber den Schluss zu, dass die staatlich gelenkte Wirtschaftsspionage einen bedeutenden Anteil dieser Delikte zu verantworten hat. Bestimmte Staaten kleiden ihre Spionagebemühungen ohnehin in das Gewand privater Wirtschaftsbeteiligungen, sprich: sie gründen Scheinfirmen, hinter denen sich die staatlichen Nachrichtendienste verbergen. Dies zeigt, dass die Grenzen fließend verlaufen und häufig erst eine genaue Prüfung ergibt, womit man es zu tun hat. Unabhängig davon steht aber eines nach Ansicht aller Fachleute fest: die Dunkelziffer der Schäden ist noch wesentlich höher als alle mitgeteilten Zahlen! Der Grund hierfür liegt auf der Hand – ein Unternehmen, das Know-how-Abfluss publik macht, hat neben dem realen Verlust immer auch eine Image-Einbuße, die alleine schon zu einer existenziellen Bedrohung werden kann. Besonders dann, wenn in einer ohnehin angespannten Situation plötzlich Aktienkurse fallen. Spätestens bei einer solchen Entwicklung wird deutlich, dass Wirtschaftsspionage nicht nur das einzelne Unternehmen betrifft, sondern weite Kreise ziehen kann. Stirbt das Unternehmen, gehen Arbeitsplätze verloren, und wenn dies mit vielen Unternehmen in einer Region geschieht, werden ganze Standorte beschädigt. Der Schutz vor Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität, d.h. der Schutz der materiellen und geistigen Ressourcen von hiesigen Unternehmen ist daher für den Verfassungsschutz NRW eine Aufgabe mit

hoher Priorität, die aber nur gemeinsam mit der Wirtschaft angegangen werden kann.

Vor diesem Hintergrund hat die Spionageabwehr NRW eine Public-Private-Partnership initiiert. Im Oktober 2001 wurde in der Staatskanzlei Düsseldorf die

Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen gegen Wirtschaftsspionage und -kriminalität

geschlossen. Unterzeichner dieser Vereinbarung sind

- das Innenministerium NRW mit den Abteilungen 6, Verfassungsschutz und 4, Polizei,
- das Wirtschaftsministerium NRW,
- die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW
- und der Verband für Sicherheit in der Wirtschaft NRW.

Wie in anderen Sicherheitspartnerschaften dieser Art, die in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geschlossen wurden, ist ihr Ziel, die wechselseitige Information und Unterstützung der Partner untereinander zu stärken, um die Prävention von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität voranzubringen.

Konkret heißt das:

- Es finden regelmäßige Gesprächsrunden auf verschiedenen Arbeitsebenen statt, in denen die Partner sich gegenseitig über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden halten, für das Innenministerium nehmen hieran die Spionageabwehr sowie die Polizeiabteilung und das LKA teil,
- bei besonderen Anlässen, wie z.B. bei den Terrorattacken auf Bali oder in 2006 bei der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland, informiert das Innen-

ministerium die Partner kurzfristig über die aktuelle Gefahrenlage,

- die Partner unterstützen sich gegenseitig bei besonderen Veranstaltungen wie z.B. Außenwirtschaftstage oder Fortbildungen zu Themen wie „Geschäftsaufbau in Russland“ u. ä.

Vor allem sind aber auf diese Weise stabile vertrauensvolle Kontakte zwischen den Partnern entstanden, so dass ein Griff zum Telefon in aller Regel schnell und unkompliziert aufgekommene Fragen beantworten kann.

Aus Sicht der Spionageabwehr NRW ist dies einer der wichtigsten Effekte. Es ist zwar ein Gemeinplatz, aber bewahrheitet sich immer wieder: Ohne gegenseitiges Vertrauen ist Prävention nicht möglich. Die Unternehmen berichten nur dann von dem, was sie bewegt oder was ihnen konkret zugestoßen ist, wenn sie die Erfahrung gemacht haben, dass der Staat ihnen mit seinen Möglichkeiten zur Seite steht und diese Informationen vertraulich behandelt.

Aus diesem Grund hat die Spionageabwehr NRW die individuelle, für die Unternehmen kostenfreie Beratung über die Prävention von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität zu einem Hauptpunkt ihrer Tätigkeit gemacht. Die Zeit und der Personaleinsatz, die hierfür aufgewendet werden, zahlen sich unmittelbar in verbesserten Kontakten und mehr Informationen aus. Das ermöglicht der Spionageabwehr eine realistischere Einschätzung der Gesamtlage, d.h. sie kann die Wirtschaft besser beraten, womit sich der Kreis wieder schließt und alle gewonnen haben.

Dass dies der richtige Weg ist, bestätigt die Nachfrage nach den persönlichen Beratungen, die seit dem Beginn der Sicherheitspartnerschaft im Jahr 2001 kontinuierlich gestiegen ist.

Ein großer Anteil dieser Nachfrage beruht auf Mundpropaganda von Firmen, die



www.im.nrw.de/wirtschaftsspionage

eine persönliche Beratung erhalten haben und damit sehr zufrieden waren. Oder die Unternehmer haben im Mai letzten Jahres die Tagung „Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen – 2006“ besucht, zu der der Innenminister Dr. Ingo Wolf, die Teilnehmer im Innenministerium Düsseldorf persönlich begrüßt hat. Dort wurde über aktuelle Fragen aus dem Bereich des in- und ausländischen Extremismus, der Cyberattacken und der Wirtschaftsspionage informiert und die Teilnehmer hatten Gelegenheit, ein persönliches Gespräch mit den Mitarbeitern der Spionageabwehr zu führen. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass Firmen zögern, die Spionageabwehr NRW zu kontaktieren, weil sie das überkommene Image des Verfassungsschutzes vor Augen haben. Um diese Unternehmen ebenfalls zu erreichen und auch, um bei Bedarf einen schnellen Überblick über die Themen zu geben, wurden daneben andere Informationsmittel entwickelt. Dazu gehören Printmedien wie die Flyer aus der Reihe:

„Wirtschaftsspionage und Know-how-Schutz“

- Beratungs- und Informationsangebote,
- Sicherheitspartnerschaft NRW zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität
- Verhaltenstipps bei Geschäftsreisen,

- Wirtschaftsspionage durch Diebstahl und Einbruchdiebstahl
- Anhaltspunkte für ein proliferationsrelevantes Geschäft. (Proliferation: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des hierfür erforderlichen Know-hows, sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen)

Außerdem können sich interessierte Firmen im Internet unter www.im.nrw.de/wirtschaftsspionage über aktuelle Entwicklungen informieren und einen elektronischen Newsletter abonnieren. Dort findet sich auch eine Besonderheit, nämlich der bundesweit einmalige Online-Selbsttest:

„Wirtschaftsspionage – Ist mein Unternehmen gefährdet?“

Dieser wurde auf der Erkenntnisgrundlage zahlreicher, intensiver Firmenkontakte entwickelt. Er ist über eine gesicherte Verbindung zu erreichen und bietet jedem Unternehmen die Möglichkeit, anonym einen interaktiven Online-Test durchführen. Als Ergebnis dieses Selbsttests erhalten sie eine erste Einschätzung ihrer konkreten Gefährdung und gleichzeitig situationsabhängige Empfehlungen, z. B. Reaktions- und Informationsmöglichkeiten.

Es liegt in der Natur der Sache, dass das Problem des Know-how-Verlusts häufig im Zusammenhang mit außenwirtschaftlichen Geschäftsbeziehungen auftritt. Um Firmen, die solche Verbindungen haben, besser zu erreichen, wurden die genannten Internet-Angebote der Spionageabwehr von dem Sicherheitspartner Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie Nordrhein-Westfalen mittlerweile in das Informationsportal www.nrw-export.de integriert.

Wichtig ist aber vor allem der Ausbau des unmittelbaren persönlichen Kontakts zu den Unternehmen. Deswegen besucht die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen regelmäßig Fachmessen. Dazu gehört u.a. die im zweijährigen Turnus stattfindende internationale Messe „Security“ (zuletzt 2006 in Essen), auf der die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern über Wirtschaftsspionage und Know-how-Schutz aufklären und beraten. Aber auch die Hannover Messe (April 2006) bietet der Spionageabwehr Gelegenheit, mit der einheimischen Industrie in Kontakt zu treten und vor latenten Gefahren des Auslandsgeschäfts zu warnen.

Die in den letzten Jahren zunehmende Gefährdung durch Cyberattacken jeder Art, Viren oder Trojaner darf ebenfalls nicht unterschätzt werden, so dass der Verfassungsschutz in diesem Jahr zum zweiten Mal auf der CeBIT in Hannover aufgetreten ist, was in den einschlägigen Medien ein nachhaltiges Echo ausgelöst hat.

Gerade die Gefährdung durch IT-Angriffe oder mit anderen elektronischen Hilfsmitteln wird aber häufig überschätzt. Es mag überraschen, aber die Spionageabwehr NRW erlebt in ihrer täglichen Arbeit, dass das größte Bedrohungspotenzial nicht von der Technik herrührt. Die größte Sicherheitslücke ist der Mensch, d. h.

Rechtsgrundlagen

Im § 16 VSG NW („Übermittlung von Informationen an die Verfassungsschutzbehörde“) ist festgelegt:

(...) Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden übermitteln darüber hinaus auch alle anderen ihnen bekannten Tatsachen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 [u.a. (...) Sammlung und Auswertung von Informationen ... über ... „sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht“ {vgl. § 93 ff StGB}] (...).

Für die Polizei ist die „Unterrichtung der Verfassungsschutzbehörde“ im Punkt 2 des Erlasses 42 – 6408 – VS-NfD vom 21. November 2003 („Informationsaustausch zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität“) geregelt.

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens oder der Forschungseinrichtung! Je technisierter die Arbeitswelt wird, umso wichtiger wird diese Quelle für fremde Nachrichtendienste.

Und genau hier beginnt die Gratwanderung. Es gilt, zu informieren, ohne die Handlungsfähigkeit von Unternehmen einzuschränken oder ein Klima des Misstrauens gegen die Beschäftigten oder die Geschäftspartner aus anderen Ländern zu erzeugen. Wichtig ist es aber auch, eine Sensibilität hervorzurufen, z.B. dafür, vertrauliche Informationen während einer Geschäftsreise nicht auf dem Hotelzimmer liegenzulassen, sensible Verhandlungsunterlagen nicht ungeschützt per E-Mail zu versenden oder am Mobiltelefon zu besprechen. Dies klingt auf Anhieb banal, ist aber nach allen Erfahrungen auch heute noch und immer wieder die Ursache von „Know-how-Abfluss“.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass Firmen und Unternehmen trotz all dieser Aktivitäten und Informationsangebote noch nicht hinreichend sensibilisiert für die dargestellten Gefahren sind. Häufig halten sie sich selbst entweder für zu unbedeutend oder für zu gut gewappnet, um Opfer von solchen Attacken zu werden. Es kommt aber auch vor, dass Schutzmaßnahmen installiert wurden, die nur unzureichend in die alltäglichen organisatorischen und strategischen Abläufe der Firmen integriert sind. In all diesen Fällen kann ein Gespräch mit den Mitarbeitern der Spionageabwehr die Augen öffnen und zu einem neuen sensibleren Umgang mit Sicherheitsfragen führen.

Und hier schließt sich der Kreis zu dem eingangs geschilderten Fallbeispiel

Um den (Einbruch-)Diebstahl, dessen Zielobjekt nicht die Hardware, sondern die gespeicherten Daten sind, als „Know-how-Abzug“ zu erkennen und die Ermittlungen entsprechend zu lenken, ist auch eine erhöhte Sensibilisierung der Polizistinnen und Polizisten vor Ort erforderlich. Aus Gesprächen mit der Polizei weiß die Spionageabwehr NRW, dass diese Delikte aufgrund ihres seltenen Vorkommens nicht im Vordergrund der Fallbearbeitung stehen. Um die Wahrnehmung dieser Gefahren zu schärfen und das Thema zu vermitteln, engagiert sich die Spionageabwehr bereits seit einiger Zeit in den Fortbildungsveranstaltungen des LAFP Neuss. Bei dieser Gelegenheit werden nicht nur die rechtlichen Grundlagen für die Zu-

sammenarbeit der Polizei mit der Spionageabwehr behandelt, sondern auch praktische Fälle geschildert.

Denn die Sicherheitspartnerschaft NRW zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität kann nur dann weiter erfolgreich sein, wenn sich alle Beteiligten – die Wirtschaft, die Spionageabwehr und die Polizei – mit ihrem Engagement und ihrem Wissen gleichermaßen einbringen.

Heike Vehling, Verfassungsschutz NRW



Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beraterkompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter Vorortberatung wählbar alles kostenfrei

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Lfz., bei 30 000,- €, mitl. *342,- €, bei 60 000,- €, *684,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Lfz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.

www.ak-finanz.de

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen

Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09

Gebührenfrei

Tel. 0800/1000 500

Startschuss für den Digitalfunk in NRW

*Polizei und Feuerwehr
starten mit ersten Testanlagen*



„Nordrhein-Westfalen startet beim Aufbau des neuen modernen Digitalfunknetzes aus der Pole-Position“, erklärte Innenminister Dr. Ingo Wolf am 20. Juni 2007 in Berlin. Dort gab er gemeinsam mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble den Startschuss für den Betrieb der ersten Referenzplattformen für den Digitalfunk.

Die erste Testanlage in Nordrhein-Westfalen startete beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste in Duisburg. Zwei weitere Anlagen gehen demnächst in Münster beim Institut der Feuerwehr und dem Landesamt für Ausbildung, Fort-

bildung und Personalangelegenheiten der Polizei in Betrieb. Mit den Anlagen soll die Technik getestet und weitere Erfahrungen gesammelt werden. Der Netzaufbau für ganz Nordrhein-Westfalen beginnt in der zweiten Jahreshälfte 2007 mit dem ersten Netzabschnitt im Regierungsbezirk Köln.

In Münster können sich die Schulungsträger in den nächsten Monaten auf die Ausbildung der ersten Polizeibeamtinnen und -beamten in der neuen Technik vorbereiten. Sie sollen ihr Wissen als Multiplikatoren in Zukunft an ihre Behörden weitergeben. Den NRW-Sicherheitsbehörden soll in den nächsten Jahren die neue digitale Funktechnik flächendeckend zur

Verfügung stehen. Die logistische Herausforderung: In NRW müssen insgesamt 120.000 Nutzer auf dieses neue Funk- und Datensystem vorbereitet, bis zu 80.000 Funkgeräte ausgetauscht und über 10.000 Polizeifahrzeuge und Leitstellen umgerüstet werden. Für den Aufbau und den 15-jährigen Betrieb des Digitalfunks hat die Landesregierung 500 Millionen Euro bereitgestellt.

Nordrhein-Westfalen besitzt bereits langjährige Erfahrungen mit dem Digitalfunk, was den Plänen für seinen bundesweiten und auch grenzüberschreitenden Einsatz zugute kommt. Polizei, Feuerwehr, Zoll, Bundespolizei und Rettungsdienste in Aachen funken seit 2001 im täglichen

Einsatz mit einem digitalen Funk- und Datensystem. Seit 2003 nutzen auch die angrenzenden Polizeibehörden aus den Niederlanden den Digitalfunk. Aachener Polizisten können so bereits heute unkompliziert mit ihren niederländischen Kollegen Informationen über das digitale Netz austauschen.

Der Digitalfunk ist abhörsicher und bringt der Polizei und damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit. Neben der zusätzlichen Hochsicherheitsverschlüsselung bietet der Digitalfunk weitere Vorteile gegenüber dem analogen Funk. So

wird es unter anderem möglich sein, neben der Sprache auch Daten zu übertragen, die Funkqualität verbessert sich auch unter Extrembedingungen, und die Handsprechfunkgeräte sind kleiner und leichter. Daneben bieten sie zusätzliche Funktionen wie Einzelruf, Telefonieren und die Möglichkeit, Kurzmitteilungssysteme zu nutzen.

Mehr und aktuelle Informationen zum Thema „Digitalfunk“ sind für die Beschäftigten der Polizei NRW im neuen Intranetangebot www1.polizei-nrw.de/digitalfunk/start eingestellt.



Neueröffnung einer Polizeidienststelle in Geseke

Am 16. Februar 2007 übergab Innenminister Dr. Wolf symbolisch die „Schlüsselgewalt“ an den Wachdienstführer PHK Winfried Menzel und eröffnete damit offiziell die neue Dienststelle in der Kreispolizeibehörde (KPB) Soest.

Die Einrichtung des ausgelagerten Wachdienstes im Zweischicht-Betrieb an sechs Wochentagen (Mo.–Sa.) ist die abschließende Umsetzung der Organisationsanpassung (Modellversuch „Kernaufgabenorientierte Aufbauorganisation in Landratsbehörden“) in der KPB Soest. Die Kolleginnen und Kollegen, die bereits seit dem 1. September 2006 in der neuen Verwendung eingesetzt werden, erhielten mit dem Festakt eine neue Dienststelle.

Durch Abbau von Führungsfunktionen und das Herauslösen von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aus nichtoperativen Aufgaben konnten rechnerisch insgesamt 16,5 Stellen für operative Aufgaben in der KPB gewonnen werden. Damit wurde der Anteil nichtoperativer Aufgaben, der von Polizeikräften wahrgenommen wird, auf 4,33% reduziert.

Um das Altersstrukturproblem im durchgehenden Wach- und Wechseldienst nicht noch zu verschärfen, wurden für die „freigewordenen“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bürgerorientierte Verwendungen gefunden. In zwei Städten des Kreises geht ein so genannter Innenstadtdienst ausschließlich Fuß- oder Radstreife in Angsträumen und an Brennpunkten der Innenstadt. Dort nimmt er auch kleinere Einsätze wahr. Darüber hinaus wird der Verkehrsdienst verstärkt.



Weiterhin wurden vier Bezirksdienst-Standorte identifiziert und mit jeweils einem ausgelagerten Wachdienstbeamten besetzt. Gemeinsam mit dem BD-Beamten bildet er ein Streifenteam und vertritt den BD-Beamten bei Abwesenheit. Einsätze der Kategorien 3–5 werden in einer Kernzeit abschließend bearbeitet. Bei höheren Einsatzprioritäten werden erste Maßnahmen getroffen und damit die Einsatzreaktionszeiten deutlich verkürzt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ausgelagerten Wachdienstes Geseke rekrutieren sich aus der Polizeiwache Lippstadt. Neben der neuen Führungsaufgabe als WDF (auch Dienststellenleiter des BD) konnten sich sechs Kollegen über eine Reduzierung ihrer Schichtdienstbelastung freuen. Dass dabei das Lebens- und Dienstalder der Beamten berücksichtigt wurde, versteht sich von selbst! Das Landespolizeiorchester und die Anwesenheit des Innenministers und des Inspektors der Polizei bildete einen angemessenen Rahmen für die Eröffnung und die sehr positive Resonanz aus der Bevölkerung für die operative Verstärkung am neuen Polizeiwachdienststandort Geseke.

Heinz Albert Stumpen, Leiter Leitungsstab KPB Soest

Acht Bürgerinnen und Bürger für besondere Zivilcourage geehrt

„Nichts ist schlimmer als Gleichgültigkeit, wenn jemand Hilfe braucht“



„Wer helfen will, muss sich deshalb nicht in Gefahr bringen. Aber wer helfen könnte und es nicht tut, trägt Mitschuld an der Zunahme von Kriminalität und Unrecht“, sagte NRW-Innenminister Dr. Ingo Wolf und forderte die Bürger zu mehr Zivilcourage auf. Solidarität verbessere sowohl die tatsächliche Sicherheitslage als auch das persönliche Sicherheitsgefühl. Acht Bürgerinnen und Bürger ehrte Wolf Anfang Juni für ihr besonders beherztes Handeln mit einer Dankesurkunde.

- Roman Musielowska (25 Jahre) beobachtete zwei maskierte Männer, die aus einer Spielhalle in Oberhausen flüchteten. Er verständigte sofort per Handy die Polizei und folgte einem Verdächti-

gen unauffällig bis zu seinem Wohnhaus. Während die Polizei den ersten Tatverdächtigen im Haus festnahm, entdeckte der Zeuge den zweiten Täter in unmittelbarer Nähe, so dass auch dieser festgenommen werden konnte.

- Stevan Volaric (56 Jahre) eilte in Oberhausen einer älteren Dame nach einem brutalen Handtaschenraub zu Hilfe. Zusammen mit zwei unbekanntem Helfern hielt er den Räuber fest, bis die Polizei eintraf. Der Handtaschenräuber wehrte sich mit Händen und Füßen gegen seine Festnahme. Der Täter verletzte Stefan Volaric so schwer, dass er im Krankenhaus behandelt werden musste.
- Tim Abbinghoff (14 Jahre), Deniz Akgözlüoglu (15 Jahre) und Marcel

Himmelbach (13 Jahre) beobachteten in Grevenbroich (Kreis Neuss), wie ein Mann sich auf dem Gelände eines Getränkehandels nach Beute umschaute und riefen deshalb die Polizei. Der Verdächtige entkam jedoch unerkannt. Einen Monat später entdeckten Tim Abbinghoff und Marcel Himmelbach denselben Mann, wie er mit Hilfe einer Trittleiter über den Zaun des Geländes kletterte. Sie verständigten erneut die Polizei und entfernten gleichzeitig die Leiter, um dem Dieb die Flucht zu erschweren. Dem gelang es trotzdem, das Gelände zu verlassen und zu fliehen. Die beiden Schüler und der zwischenzeitlich hinzugekommene Deniz Akgözlüoglu entdeckten den Täter auf einem nahegelegenen Schul-

hof und führten die Polizei dort hin, die den Dieb nach einem kurzen Fluchtversuch festnahm.

● Helmut Dominik Langen (38 Jahre) hörte in einem Kölner Mehrfamilienhaus wimmernde Geräusche aus der Wohnung unter ihm. Die Tür der allein lebenden Mieterin war angelehnt, und ihm kam ein unbekanntes Pärchen aus der Wohnung entgegen, das erklärte, die alte Dame sei gestürzt. Gleichzeitig erschien die verletzte Mieterin, die von dem Pärchen überfallen worden war. Der Zeuge rief die Polizei und den Notarztwagen und verhinderte weitere Übergriffe auf das Opfer. Außerdem konnte er bis zum Eintreffen der Polizei die Flucht der Täter verhindern.

● Anna Luise Bergmann und Vanessa Munsterkötter (beide 19 Jahre) beobachteten einen Handtaschenraub in Nottuln (Kreis Coesfeld). Während sich Vanessa Munsterkötter um die verletzte ältere Dame kümmerte, verfolgte Anna Luise Bergmann den flüchtenden Täter mit ihrem Fahrrad und stellte ihn zur Rede. Der Tatverdächtige, den die Zeugin vom Sehen her kannte, flüchtete weiter. Anna Luise Bergmann fuhr zum Tatort zurück und half zusammen mit der anderen Zeugin dem Opfer bis die Polizei eintraf. Durch ihre Zeugenaussage nahm die Polizei den Handtaschenräuber in seiner Wohnung fest.

Die Polizeibehörden des Landes NRW hatten dem Innenminister 29 Bürger vorgeschlagen, die sich an dem Motto „Hinsehen und Handeln“ orientieren und in einer gefährlichen Situation besonders besonnen und engagiert verhalten hatten. Eine Jury mit Vertretern des Innenministeriums, des Landeskriminalamtes, des Justizministeriums, der Staatskanzlei und des Weißen Rings wählte die Preisträger aus.

**SCHUPPENFLECHTE · NEURODERMITIS
WEISSFLECKENKRANKHEIT**

Endlich neue therapeutische Möglichkeiten!

Gute Heilungschancen durch den X-TRAC-Excimer-Laser.
Die Zulassung für NRW jetzt in meiner Praxis. Wir informieren Sie gerne!
Sprechen Sie uns auch zur Laserbehandlung krankh. Überbehaarung/Besenreiser an.
*Laserschwerpunktpraxis: Dr. R. Bertlich – Hautarzt – Brassertstr. 66 · 45768 Marl
Tel.: 0 23 65 / 5 69 03 · Fax: 0 23 65 / 570 03 · www.dr-bertlich.com*

TOP-Finanzierung
www.top-finanz.de

Nur das Beste für Sie:
Auswahl aus dem gesamten Darlehensprogramm für jeden Zweck – auch zur Ablöse teurer Kredite/überzogenem Konto

→ **Beamten-Darlehen** und Angestelltdarlehen mit garantiertem Festzins

12 Jahre 5,50% effektiver Jahreszins 5,88%
20 Jahre 5,99% effektiver Jahreszins 6,57%

Beispiele für 32-jährige Beamtin – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:		
15 000,- € mtl. 137,43 €	25 000,- € mtl. 227,79 €	40 000,- € mtl. 362,47 €

Ob LV-Darlehen, langfr. Ratenkredite, Baufinanzierungen oder Sofort-Darlehen – fordern Sie Ihr kostenfreies TOP-Angebot!

„Superzins ab 1,95%“ nominal – effektiver Jahreszins ab 2,56% ab Zuteilung eines neuen Bausparvertrages

Andreas Wendholt
Kapital- und Anlagevermittlung
Prälat-Höing-Straße 19
46325 Borken

TEL.-Nulltarif: 0800-3310 332
Telefax: (0 28 62) 36 04
E-Mail: info@top-finanz.de

PARTNER IN BAUFINANZIERUNGSFRAGEN

Hypothekendarlehen für Kauf, Neubau, Umfinanzierung: Zinssatz **4,55 %**, effektiv **4,68 %**, fest 10 Jahre, Tilgung 1 %.

NEU: Finanzierung bei Objektkauf auch mit Ablösung bestehender Kredite möglich.

Zinsen für die Zukunft sichern durch Forwarddarlehen ohne Zinsaufschlag.

Beamten- / Angestelltdarlehen: Festzins z.B. **5,99 %** effektiv, 12 Jahre LZ, Laufzeit 20 Jahre, effektiver Jahreszins **6,49 %**, Beispiel: 30.000 € kosten beim 30-jähr. mtl. 272 € incl. Vers.-Beitrag

Darlehen für Hausbesitzer: 10.000 € ohne Grundbucheintragung, Zinssatz **4,99 %**, effektiv **5,08 %**, Rate 83 €

Fordern Sie Angebote an!

Vermittelt: **Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH**
Kopernikusstraße 15 • 37079 Göttingen
Fon 05 51 / 9 98 98 44 • Fax 9 98 98 30
info@gutfinanz.de • www.gutfinanz.de

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung

Festzins 12 Jahre 5,15%, effekt. Jahreszins 5,88%

Beispiel: 30jährige Beamtin, Festzins 5,95%, Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,53%.
20.000 € = monatlich 175,37 € inkl. Lebensvers.
35.000 € = monatlich 305,20 € inkl. Lebensvers.

Ratendarlehen: Festzins ab 5,40%, effekt. Jahreszins, Laufzeit 1–10 Jahre.

NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.

Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei
Fax-Nummer: 0 51 30 / 79 03 95
vermittelt: K. Jäckel, Burgwedeler Str. 25A, 30900 Wedemark
www.beamtendarlehen-center.de

**AUTOKAUF
zu TOP-KONDITIONEN**

▶ Neuwagen ▶ Jahreswagen
▶ Gebrauchtwagen ▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!
▶ Freizeitmobile

Informieren Sie sich!
Ihr Ansprechpartner:
Kollege Thomas Brockhaus
Internet: www.fahrzeugkauf.com

(0 22 07) 76 77



Die neue Einführungsfortbildung, Teil 3

Unterwegs mit angehenden Ermittlungsbeamtinnen und -beamten – die erste Praxisphase



Beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) wird seit Oktober 2006 das neue Seminar „Einführungsfortbildung für Ermittlungsbeamtinnen und Ermittlungsbeamte“ durchgeführt. Knapp drei Monate hat PHKIn Jasmin Dunkhorst für die Redaktion „Streife“ die Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmer sowie deren Dozenten begleitet. Aus Erlebnissberichten und Interviews stellt sie anschaulich das „Praxismodul“ des „neuen Pflichtlehrgangs“ dar. Ihr „Streife-Fazit“: In der zentralen Einführungsfortbildung für Ermittlungsbeamtinnen und Ermittlungsbeamte hat sich einiges veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

Jasmin Dunkhorst wird den Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmern weiterhin „über die Schulter schauen“ und von deren Erfahrungen auch in den nächsten „Streife“-Ausgaben berichten.

In dieser Ausgabe berichtet Jasmin Dunkhorst über das Praxismodul von Ilka zur Nieden und Markus Dreisewerd. Die Lehrenden der Einführungsfortbildung besuchen die Rechtsmedizin in Köln.

Die lateinische Segensformel „Quod bonum, faustum, felix, fortunatum que sit“ (übersetzt: Was gut, glücklich und gesegnet sei) in Verbindung mit Todesermittlungen zu bringen, fällt erst einmal nicht leicht. Diese Zeile ragt aber auf der gesamten Breite des Hörsaals in der Rechtsmedizin in Köln über den Köpfen der Zuhörerinnen und Zuhörer. Zu der Zuhörerschaft gehören an diesem Tag die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einführungsfortbildung, über die wir bereits mehrfach berichtet haben. Ich treffe auf Ilka zur Nieden, Angehörige der Lehrgangsguppe A. Heute verfolgt sie gemeinsam mit ihren Lehrgangskolleginnen und Lehrgangskollegen den Vortrag von Dr. Dr. Plüsch vom Institut für Rechtsmedizin der Universität Köln.

Während des Vortrages erfahren wir viel über Phänomene an Leichen, Hämatome, Totenflecken und dergleichen mehr. Wir sehen Bilder von Leichen mit vielen individuellen Merkmalen und diskutieren in diesem Zusammenhang über verschiedene Erhängungsarten und Strangulationsformen. All diese Dinge stellen Spuren im kriminalistischen Sinne dar, die für die Ermittlung eines Tathergangs von elementarer Bedeutung sind. Diese Spuren als solche zu erkennen, zu sichern und zu dokumentieren ist der Hintergrund einer Leichenschau. Der Referent erläutert im Weiteren den klassischen Ablauf einer Leichenschau, die im Anschluss an den Vortrag durch die Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer persönlich durchzuführen ist. Seit der Einführung des „neuen“ kriminalistischen Lehrganges haben die Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit, nicht nur Be-



obachter in der Rechtsmedizin zu sein, sondern auch, wie es in der späteren Verwendung erforderlich sein wird, die Maßnahme als solche selbstständig durchzuführen.

Wir wechseln also vom universitären Hörsaal in den Keller des Gebäudes und erreichen, nachdem wir durch einen zugigen und eiskalten Flur gegangen sind, die Pathologie.

In zwei Gruppen aufgeteilt und mit entsprechender Arbeitsbekleidung versehen, beginnen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Beobachtung und Anleitung von Dr. Dr. Plüsch und dem Lehrenden Udo Rechenbach mit der Leichenschau. Hierbei wird immer im Team gear-

beitet. Während ein Kollege direkt an der Leiche agiert, leitet die Kollegin Ilka zur Nieden die Leichenschau an und protokolliert die Ergebnisse. Das macht sie anhand einer Checkliste, die zuvor von Herrn Dr. Dr. Plüsch erläutert wurde. Hintergrund dieses standardisierten Verfahrens ist vor allem ein gerichtsfestes Arbeiten. Durch die vorgegebene feste Arbeitsstruktur werden alle der Beweissicherung dienenden Aspekte überprüft. Die Gefahr des Übersehens von Spuren wird so bei korrekter Anwendung der Checkliste deutlich reduziert. Gleichzeitig stellt die vorgegebene Struktur eine deutliche Arbeitserleichterung für die Kolleginnen und Kollegen dar.





Mit einem Bericht am Folgetag im Unterricht, den jede Teilnehmerin/jeder Teilnehmer zu schreiben hat, wird dieser Themenkomplex dann als Lernerfolgskontrolle bewertet.

Vom Dozenten erfahren wir, dass es in Köln 1.400 Leicheneingänge jährlich gibt, jede wird einer Leichenschau unterzogen und jede dritte auch obduziert. Dabei gibt es an Montagen die häufigsten Einlieferungen mit roten Totenflecken, der erfolgreiche Lehrgangabsolvent wird wissen warum ...

Nach Beendigung der Leichenschau haben wir noch Gelegenheit mit Ilka zur Nieden (I.z.N.) über das letzte Praktikum in Meschede und zusammen mit ihrem Lehrenden, Udo Rechenbach (U.R.), über das nun zu Ende gehende zweite Theoriemodul zu sprechen.

I.z.N.: Das Praktikum in Meschede war für mich sehr gut. Ich glaube zwar, dass ich weniger zu tun hatte, als einige andere Kollegen, dafür konnte ich aber intensivere Erfahrungen machen. Da es für mich der erste Einsatz in der kriminalistischen Sachbearbeitung war, war das genau

richtig. Was ich hier im zweiten Theoriemodul und insbesondere zum Thema Todesermittlungen gelernt habe, war schon recht neu für mich.

U.R.: Ich bin zufrieden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Kolleginnen und Kollegen haben eine sorgfältige Leichenschau durchgeführt. Die protokollierten Ergebnisse sind nun Grundlage für die anstehende Lernerfolgskontrolle. Deshalb muss ich selbst die Leichen natürlich auch genau prüfen, um die Berichte auch bewerten zu können.

I.z.N.: Auch dieser Themenkomplex war wieder unheimlich kurzweilig und interessant. Insbesondere die Vorträge der Experten haben mich sehr angesprochen, wobei natürlich der Umgang mit Leichen aus meiner persönlichen ethischen Betrachtungsweise schon merkwürdig ist.

U.R.: Mit dem zweiten Theoriemodul erlernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einiges, was sie in ihrem jetzt anstehenden Praktikum in den Kriminalwachen gut gebrauchen können.

I.z.N.: Auf dieses Praktikum freue ich mich schon sehr. Ich werde den Dienst in

der K-Wache in Dortmund verrichten. Der Dienstgruppenleiter hat mich bereits angerufen und mit mir ein Vorstellungsgespräch vereinbart.

Sein Praktikum in der K-Wache wird Markus Dreisewerd, Teilnehmer aus dem Lehrgang B, wieder beim Polizeipräsidium in Düsseldorf absolvieren. Ihn habe ich im Unterricht im Bildungszentrum Neuss besucht. Die Lehrgangsguppe befasst sich gerade mit dem Verlauf einer Todesbescheinigung. Die Gruppe ist aktiv dabei und es werden viele Fragen gestellt. Insbesondere die Neueinsteiger in der kriminalistischen Sachbearbeitung bekommen hier auf interaktive und auch humorvolle Weise viel Neues vermittelt.

Nach Unterrichtsschluss berichtet mir Markus Dreisewerd (M.D.) aus seinem letzten Praxismodul im PI-Kommissariat: Ich konnte schon sehr eigenständig arbeiten und habe meine Sachen auch bis zur Abgabe bei der Staatsanwaltschaft vollendet. Mit Todesermittlungen hatte ich hier natürlich noch keinen Kontakt, so waren die Lerninhalte in diesem Theoriemodul völlig neu für mich. Den Un-



terricht fand ich sehr ansprechend, das hat auch alle anderen sehr interessiert, dabei konnten wir von den Erfahrungen der Lehrenden profitieren. Während einer einwöchigen Hospitation, die ich mal in meiner Behörde erlebt habe, wurde ich gleich mit drei Leichensachen konfrontiert. Je besser die Vorbereitung auf dieses Themenfeld ist, umso professioneller kann man die Sache wohl auch angehen. Peer Söhns (P.S.), Lehrender des Lehrgangs B, weiß, dass gerade die „handwerkliche“ Arbeit an Leichen auch Überwindung kostet: Die Exkursion des Lehrgangs A in die Rechtsmedizin steht deshalb auch noch dem Lehrgang B bevor. Und natürlich erwartet auch diesen Lehrgang eine Lernerfolgskontrolle am Ende des Moduls zur Thematik. Allerdings ist der Themenkomplex der Leichenschau bzw. Todesermittlungen nicht der einzige Bereich, der im zweiten Theoriemodul vermittelt wird. Während im ersten Modul insbesondere der erste Angriff im Fokus stand, ging es im zweiten Modul vielfach um Detailarbeit. Besonders stellen wir hier den täterorientierten Ermittlungsan-

satz heraus, der in der Praxis schon mal vernachlässigt wird. Wir bearbeiten auch Maßnahmen, die viel Ermittlungsaufwand mit sich bringen und erläutern, welche Maßnahmen z.B. im Bereich der Telekommunikationsüberwachung möglich sind. Einige dieser Möglichkeiten sind für manche erstmalige Erfahrungen, deren Anwendung sie bisher für nicht möglich gehalten hätten.

M.D.: Gerade in diesem Bereich habe ich viel Neues erfahren. Einiges anderes war da schon interessenabhängig, besonders angesprochen war ich natürlich bei Vorträgen zum Raub und zur Hehlerei, diese Themen wurden in meiner Ausbildung kaum oder gar nicht angesprochen, obwohl das im polizeilichen Alltag ein wichtiges Themenfeld darstellt.

P.S.: Gut die Hälfte der Unterrichtseinheiten wird durch Experten (z.B. spezialisierte Sachbearbeiter bestimmter Deliktbereiche) geleistet. Diese geben natürlich auch Rückmeldungen zu den Leistungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Rückmeldungen aus den Praxismodulen machen ein Viertel der Ge-

sambewertung aus. Markus Dreisewerd kann mit seiner bisherigen Leistung sehr zufrieden sein.

Beeindruckt von der Intensität der Unterrichtseinheiten als auch vom Besuch in der Rechtsmedizin in Köln, verabrede ich mich mit Markus Dreisewerd und Ilka zur Nieden auf einen Besuch in der K-Wache und werde alsbald darüber berichten.

Von Jasmin Dunkhorst, LAFP NRW

Urlaub und Reisen

Meißen (S-Bahnv. n. Dresden)
01662, Meisastr. 26, T. 035 21-45 43 67
Zi. m. DU, WC u. TV, U+F ab 15 € p. P./T.
www.gaestehaus-wittig.de

Bauernhof/Nähe St. P. Ording
Kühe, Kälber, Schafe, Pferde, Pony, Reiten möglich.
Ruhige, idyll. Lage zur Nordsee (800 m).
Gemütl. FeWos für 2-6 Pers. od. Gruppen.
Frühstück m. Panoramabl., Sauna, Hausprospekt!
Tel. 0 48 62/85 41, Fax 10 30 84
www.rickerts.de, rickerts@t-online.de

Preisrätsel



größte Stadt Makkos			Süd-asiat	Geleit-schutz von Schiffen	Groß-vater	Zeichen für Nickel	nicht dick	kurz für: an dem
Riesenschlange		7						
Abk.: South Dakota			Rausch-gift					
Vulkan auf Sizilien						Stadt an der Aare (Schweiz)		ägypt. Pyra-miden-stadt
Betriebs-rat (Abk.)			ugs.: Ge-fängnis		Abk.: angeblich			
Koseform von Anna		hüft-langes Jackett		10				
					Ausdehnungs-begriff		Textil-hand-werker	
Fahr-zeug-panne		Hoch-ruf		veraltet: Kusine				
								2
				Fahr-zeug		freier Verteil-er d. Fußball	9	Sport-fischerei
Klang, Ton	Mönch		Haupt-stadt von Litauen	11				
südost-europ. Staat								
kurz für: Los Angeles			Reit-stock		englisch: groß			
sich sehr an-strengen		Klatsch, Tratsch			Abk.: Religion Buch-stabenreihe			
								4
reißen-des Tier		abge-sondert, einzeln		Wut, Rage				
								8
Segel-kom-mando			amerik. Swing-musiker † (Glenn)					
Kfz-Z. Bundes-polizei			Abk.: Militär					5
jute-ähnliche Faser								
Auer-ochse			Haut-falte am Auge		Abk.: Internat. Rotes Kreuz			
umgangs-sprachl.: schnell!								
								6
Kleinst-lebe-wesen		Abk.: Deutsches Rotes Kreuz						

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

■ L U ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
 ■ U N G E W I S S
 ■ F F M I N U S
 ■ T U L P E D ■
 ■ R G O ■ B A D
 ■ O T R A E N E
 ■ R E V U E L ■ P
 ■ H R R A L S O
 ■ F R E I S T A A T
 ■ G E R N L ■ U ■
 ■ R R P A S T A
 ■ F O E R S T E R
 ■ E R I E R Z
 ■ U B E G I N N
 ■ S E G E L ■ S E E
 ■ R T ■ A S S I
 ■ A L L E I N
 ■ O E L N
 ■ E I C A
 ■ S B A H N
 ■ C W A
 ■ H E I N E
 ■ D E H N E N
 ■ R A L T

Sergio Leone (1-11)

ASIA NIGHTS
 Gewinnen Sie mit der „Streifen“
 3 x 2 Freikarten für Phantasia Land
 (gültig bis 4. 11. 2007)
 in Kombination mit Asia Nights-
 Tickets am selben Tag
 (nur einlösbar bis 31. 8. 2007)*

Phantasia Land bietet das ganz besondere Sommererlebnis: Vom 30. Juni bis zum 31. August pulsiert das Nachtleben im Themenbereich China Town. In diesem Jahr durchgehend an jedem Abend und mit einer original Shaolin-Show, die als die weltweit beste gilt! Eine unvergleichliche Begegnung von Kampfkunst, Kultur und Artistik in einzigartiger Atmosphäre. China Town verwandelt sich für die Asia Nights in einen authentischen Nachtmarkt. Mit allem, was dazugehört! Man atmet die Düfte dampfender Suppenküchen, kostet von brutzelnden Wok-Gerichten, wählt zwischen den exotischsten Cocktails und schlemmt im chinesischen Restaurant Mandschu.

Einzigartige Shaolin-Show

Als besonderes Highlight bieten die Asia Nights eine eineinhalbstündige, exklusive Shaolin-Show in drei Akten. Präsentiert von einer 25 Mann starken Gruppe, die

als die beste weltweit gilt. Welche Körperbeherrschung! Welche Konzentration! In Verbindung mit der umgebenden Architektur, den Düften und Klängen wännen sich die Gäste in China. Und sie haben Recht – nirgendwo sonst in Europa schlägt das asiatische Herz lauter als bei den Asia Nights im Phantasia Land. Weitere Infos unter: www.phantasia-land.de Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 6. August 2007 ein-senden an:

Innenministerium NRW
Redaktion „Streifen“
Kennwort:
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Bitte der Redaktion:
 Bei E-Mails im Betreff nur PREIS-RÄTSEL eintragen und grundsätz-lich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

*Die Gültigkeit der Phantasia Land-Tickets bleibt auch nach den Asia Nights bis zum 4. 11. 2007 bestehen.

Vorschau auf die Juni-Ausgabe



Polizeieinsatz zum G8-Gipfel in Heiligendamm

Die nordrhein-westfälische Polizei und Feuerwehr war mit rund 2.500 Einsatzkräften zum Schutz des Weltwirtschaftsgipfels eingesetzt. Damit leistete Nordrhein-Westfalen einen technisch und logistisch bemerkenswerten Aufwand zum sicheren Verlauf der Veranstaltung. In der nächsten Ausgabe berichten gleich mehrere Kolleginnen und Kollegen über ihre unterschiedlichen Aufgabenstellungen.

Neues Polizeigewahrsam in Bonn

Eine dem Schwedenstahl vergleichbar gute Qualität hat das neue Polizeigewahrsam, das Mitte Oktober 2006 im fertiggestellten Polizeipräsidium Bonn in Bonn-Ramersdorf bezogen wurde. Mit einem hohen Maß an Abwicklungscompetenz wurden alle Schritte von der Planung bis zur Realisierung auch von Mitarbeitern des Polizeigewahrsams koordiniert und überwacht. Dadurch konnte der Dienstbetrieb direkt nach dem Umzug fast reibungslos aufgenommen werden. Die „Streife“ berichtet über die anspruchsvolle Alltagsarbeit im Bonner Polizeigewahrsam.

Redaktioneller Hinweis:

In der letzten Ausgabe hat sich ein „Fehlerteufel“ eingeschlichen. Auf der Seite 17 (über dem Organigramm) ist der Name des neuen Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW falsch geschrieben worden. Die Redaktion bittet, den Fehler zu entschuldigen.

Rätselgewinner

Herzlichen Glückwunsch, Herr Dieter Meier-Arend aus Bielefeld und Herr Udo Wörenkämper aus Herten, Sie haben jeweils zwei Eintrittskarten für die Vorstellung „The Spaghetti Western Orchestra“ am 16. Juli in der Kölner Philharmonie gewonnen. Die „Streife“-Redaktion wünscht Ihnen und Ihrer Begleitung viel Spaß.



Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe ist der **30. Juli 2007**, für die Juli/August-Ausgabe der **24. August 2007**.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hövelmann, Sabine Severing, Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streife“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71-23 66,
Fax (02 11) 8 71-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
VVA Kommunikation GmbH,
www.vva.de
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 20 vom 1. Oktober 2006.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).

